



Die palästinensische Verweigerung von Friedensverhandlungen

Alle bisherigen israelischen Regierungen sind von einer klaren Verpflichtung zum Frieden geleitet worden. Während die israelischen Anstrengungen, einen Frieden herbeizuführen, zum Abschluss von Friedensverträgen sowohl mit Ägypten als auch mit Jordanien führten, sind die Versuche Israels, mit seinen palästinensischen Nachbarn durch Verhandlungen zu einem gerechten Abkommen zu gelangen, von der palästinensischen Führung wiederholt zurückgewiesen worden.

Das jüngste Beispiel dieses rätselhaften palästinensischen Verhaltensmusters findet sich in der Weigerung der Palästinenser, die Friedensverhandlungen mit der Anfang 2009 neu gewählten israelischen Regierung überhaupt wieder aufzunehmen.

Die stetige Zurückweisung aller israelischen Friedensinitiativen von Seiten der Palästinenser und ihre gegenwärtige Verweigerung von Verhandlungen, lässt es Israel als fraglich erscheinen, ob seine Nachbarn sich tatsächlich dem Frieden verpflichtet fühlen.

I. Friedensinitiativen der neuen israelischen Regierung (seit April 2009)

Seit ihrer Amtseinführung im April 2009 sucht die israelische Regierung nach Wegen, die Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) erneut in Friedensverhandlungen einzubinden, die von palästinensischer Seite nach den israelischen Wahlen unilateral abgebrochen wurden.

a) Politische Entwicklungen: Zwei Staaten für zwei Völker

Israelische Initiativen	Internationale Anerkennung	Palästinensische Zurückweisung
--------------------------------	-----------------------------------	---------------------------------------

<p>In seiner Rede an der Bar-Ilan Universität am 14. Juni 2009, hat Ministerpräsident Netanyahu auf klare und eindeutige Weise bekannt gegeben, er erkenne einen palästinensischen Nationalstaat an, der in Frieden und Sicherheit neben dem jüdischen Nationalstaat bestehen würde. In seiner Rede erklärte der Ministerpräsident deutlich, der palästinensische Staat müsse entmilitarisiert sein, um die Sicherheit Israels nicht zu gefährden. Der Ministerpräsident rief die PA zur sofortigen und bedingungslosen Aufnahme von Verhandlungen auf, um die Vision von zwei Staaten für zwei Völker zu verwirklichen.</p>	<p>Führende Politiker der Welt haben diesen bedeutenden Schritt Israels gelobt. Die US-amerikanische Regierung begrüßte die Rede und bezeichnete sie als "wichtigen Schritt". (<i>Webseite des Weißen Hauses</i>, 14. Juni). Der französische Außenminister Bernard Kouchner äußerte sich auf ähnliche Art und Weise (<i>AFP</i>, 15. Juni).</p>	<p>Netanyahus Rede ist von den Palästinensern zurückgewiesen worden. Der palästinensische Chef-Unterhändler, Saeb Erekat, erklärte: "Der Friedensprozess bewegt sich mit der Geschwindigkeit einer Schildkröte. Heute Abend hat Netanyahu sie auf den Rücken gelegt." (<i>Al-Jazeera TV</i>, 14. Juni). PA-Sprecher Nabil Abu Rdainah gab eine ähnliche Erklärung ab: "Netanyahus Worte machen alle Initiativen zunichte, lähmen alle Anstrengungen, die unternommen wurden" (<i>Jerusalem Post</i>, 14. Juni). Ahmed Bahar, amtierender Präsident des palästinensischen Parlaments, erklärte, die Rede bestätige, dass der "Widerstand" (d.h. der Terror) den einzigen Weg der Palästinenser darstellt, die ihnen gebührenden Rechte einzufordern" (<i>Al-Intiqad</i>, 15. Juni). Im Anschluss an die Rede verabschiedete die sechste Fatah-Konferenz den Beschluss, "die Anerkennung Israels als jüdischen Staat völlig zu verwerfen" und sich "alle legitimen Formen des Kampfes gegen Israel zu eigen zu machen" und "auf kreative Art und Weise neue Formen des Kampfes und des Widerstands zu finden" (Politisches Programm der Fatah, <i>al-Ayyam</i>, 11. Aug)</p>
--	--	---

Trotz dieser wiederholten Zurückweisungen hat Ministerpräsident Netanyahu seinen Aufruf zum Frieden mit den Palästinensern seit Juni immer wieder erneuert. Netanyahu wartet noch immer auf eine positive Antwort von der Palästinensischen Autonomiebehörde.

b) Israelische Initiativen zur Verbesserung des politischen Klimas und palästinensische Delegitimierung

In Anerkennung der Tatsache, dass ein Aufruf zur Schaffung eines palästinensischen Staates notwendig, jedoch nicht ausreichend ist, um einen Frieden herbeizuführen, hat die amtierende israelische Regierung umfassende Massnahmen eingeleitet, um das politische Klima in der Region zu verbessern und vor Ort Tatsachen zu schaffen, die die Aussöhnung fördern.

Die von Israel eingeleiteten Maßnahmen erlauben eine größere Bewegungsfreiheit sowohl innerhalb des Westjordanlands als auch zwischen dem Westjordanland und Israel. Diese Schritte stellen nicht nur eine Verbesserung der Lebensqualität für die palästinensische Zivilbevölkerung dar, sondern wirken sich auch fördernd auf die Wirtschaftsentwicklung aus. Sie haben zu den beeindruckenden und ermutigenden Statistiken der Weltbank beigetragen, die der Wirtschaft im Westjordanland ein Jahreswachstum von 8% bestätigen und die Vorhersage des Sondergesandten des Nahostquartetts, Tony Blair, möglich gemacht, der in einem Interview mit der *New York Times* von einer zweistelligen jährlichen Wachstumsrate gesprochen hat.

Darüber hinaus hat Israel, im Bewusstsein, wie leicht Terroraktivitäten den Fortschritt vor Ort und im Verhandlungssaal aus der Bahn werfen und zu verstärkten Sicherheitsbeschränkungen für die palästinensischen Autonomiegebiete führen können, Schritte unternommen, um die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den Palästinensern zu intensivieren.

Obwohl sich der Alltag im Westjordanland aufgrund dieser umfassenden Maßnahmen deutlich verbessert hat, betreibt die palästinensische Führung auch weiterhin ihre internationale Kampagne zur Delegitimierung des Staates Israel, zur Schädigung seiner Wirtschaft und zur Unterminierung seiner Verteidigungsfähigkeit.

Israelische Initiative	Palästinensische Zurückweisung
<p>Die von der israelischen Regierung getroffenen Massnahmen zur Verbesserung der Bewegungsfreiheit innerhalb der Westbank und zwischen der Westbank und Israel umfassen:</p> <ul style="list-style-type: none">• die Entfernung von Kontrollpunkten und Straßensperren: Israel hat die Anzahl der Kontrollpunkte von 41 auf 14 herabgesetzt, von denen zwölf rund um die Uhr besetzt	<p>Trotz der von Israel unternommenen vertrauensbildenden Maßnahmen hat die PA in internationalen Foren eine Kampagne der Delegitimierung Israels und der Untergrabung seiner Wirtschaft und seiner Sicherheit in Gang gesetzt. So ist die PA z. B. die treibende Kraft hinter der Bildung der politisch motivierten Goldstone-Mission des UN-Menschenrechtsrats (HRC) gewesen und arbeitet darauf hin, ihre einseitigen Schlussfolgerungen sowohl im Menschenrechtsrat (16. Okt.), als auch</p>

sind, um den Verkehr zu vereinfachen. Darüber hinaus hat Israel seit August 2009 147 unbemannte Straßensperren entfernt.

- die **Ausdehnung der Öffnungszeiten** der Übergänge zwischen Israel und dem Westjordanland, einschließlich des Grenzübergangs nach Jordanien an der Allenby-Brücke
- die **Aufwertung des Übergangs Gilboa/Jalama**, um nicht nur Fußgängern, sondern auch Fahrzeugen die Nutzung dieses Übergangs zu ermöglichen. Dies hat zu einer beträchtlichen Zunahme des Verkehrs und der Einzelhandelsaktivitäten geführt.

Um die Beschränkungen zu vermindern und die Übergriffe der Teroelemente, die den Friedensprozess stören wollen, auf weitestgehende Art und Weise zu verhindern, arbeitet Israel eng mit der PA zusammen, um die zivilen palästinensischen Sicherheitskräfte aufzustocken und die Koordinierung zwischen den israelischen und palästinensischen Sicherheitsbehörden zu vertiefen.

Seit 2008 herrscht z. B. eine intensive laufende Koordination zwischen der israelischen Armee und der palästinensischen Polizei. Israel arbeitet eng mit US-General Dayton und seinem Team zusammen und unterstützt seine Anstrengungen, Einheiten der Nationalen Sicherheitskräfte der PA zu organisieren, auszubilden und zu verbessern.

in der UN-Vollversammlung (5. Nov. 09) umzusetzen, um die von Israel zum Schutz seiner Bevölkerung unternommenen Schritte zu delegitimieren.

Gleichzeitig führen palästinensische Gruppen Kampagnen an, um israelische Führungspersönlichkeiten im Ausland festnehmen zu lassen; sie missbrauchen dazu die 'universellen Zuständigkeitsklauseln' - der jüngste Zwischenfall dieser Art ist der in Großbritannien erlassene Haftbefehl (14. Dez.) gegen die frühere Außenministerin Tzipi Livni.

Darüber hinaus führt die PA eine politische Initiative, um im UN-Sicherheitsrat Unterstützung für die einseitige Ausrufung eines palästinensischen Staates zu gewinnen, was den Palästinensern erlauben soll, die Verhandlungen zu umgehen und unilateral ihre Haltung zur Frage des zukünftigen Grenzverlaufs zu diktieren. Eine weitere internationale Kampagne beruht auf von der PA initiierten Resolutionen zur Verurteilung Israels in UN-Fachausschüssen, wie der UN Frauenkommission und der Weltgesundheitsorganisation, in denen keine andere Nation in so gesonderter Weise kritisiert wird.

Die PA steht auch an der Spitze internationaler Bemühungen, Israel zu boykottieren, bloßzustellen und bestrafen. Bei der sechsten Fatah-Konferenz wurde eine Plattform verabschiedet, die "zu einem vom Volk ausgehenden Boykott israelischer Produkte innerhalb des Westjordanlands und im Ausland aufruft ... und auf die Intensivierung der internationalen Kampagne zum Boykott des Staates Israel und seiner Produkte und Institutionen hinarbeitet." (Politisches Programm der Fatah, *al-Ayyam*, 11. Aug.)

c) Israels Zurückhaltung beim Siedlungsbau

Israelische Initiativen	Internationale Anerkennung	Palästinensische Zurückweisung
<p>Am 25. November 2009 hat die israelische Regierung ein beispielloses zehnmonatiges Moratorium für den Bau neuer Wohneinheiten im Westjordanland angekündigt. Ministerpräsident Netanyahu beschrieb diesen Schritt als "Ausdruck der Absicht, die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen zu erleichtern" und als "Gelegenheit, einen Schritt in Richtung Frieden zu tun".</p>	<p>Der israelische Schritt ist von den USA begrüßt worden. Außenministerin Hillary Clinton erklärte, diese Entscheidung bedeute "einen hilfreichen Schritt in die richtige Richtung - zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts" (<i>Webseite d. US-Außenministeriums</i>, 25. Nov.). Auch der US-Sonderbeauftragte für den Nahostfriedensprozess, der ehemalige Senator George Mitchell, begrüßte diesen Schritt und erklärte: "Dies ist mehr als alle anderen Regierungen jemals angeboten haben und enthält die Möglichkeit, ein Abkommen zwischen den Parteien herbeizuführen." (<i>Webseite des US-Außenministeriums</i>, 25. Nov.). Ähnliche Gefühle äußerte der französische Außenminister Bernard Kouchner, der den Schritt begrüßte und ihn als "Schritt in die richtige Richtung" bezeichnete (<i>EJPress</i>, 26. Nov.).</p>	<p>Palästinensische Sprecher wiesen das Moratorium schon vor der offiziellen israelischen Ankündigung zurück (<i>Fox News</i>, 25. Nov.). Das Zentralkomitee der Fatah behauptete, Ministerpräsident Netanyahu versuche, den Frieden zu vermeiden, und erklärte, die israelische Entscheidung zeige, dass Netanyahu weiterhin den Friedensprozess verhindere und alle Gelegenheiten ignoriere, einen Frieden herbeizuführen." (<i>Jerusalem Post</i>, 26 Nov.)</p>

II. Beständige palästinensische Ablehnung israelischer Initiativen

Die palästinensische Zurückweisung der zahlreichen von Ministerpräsident Netanyahu eingebrachten Friedensinitiativen ist nichts Neues: Sie stellt lediglich den jüngsten Ausdruck der palästinensischen Ablehnung der in den vergangenen zehn Jahren von Israel eingebrachten Friedensinitiativen dar.

Israelische Initiativen	Internationale Anerkennung	Palästinensische Zurückweisung
-------------------------	----------------------------	--------------------------------

<p>Oslo (1993): Das Osloer Abkommen umfasst eine Reihe von Interimsvereinbarungen, deren Ziel es war, einen Frieden zwischen Israel und seinen palästinensischen Nachbarn herbeizuführen.</p>	<p>Der damalige US-Präsident Clinton bezeichnete Oslo als "den Frieden der Mutigen" (BBC, 13. September 1993).</p>	<p>Die Palästinenser haben grundlegend gegen ihre im Osloer Abkommen niedergelegten Verpflichtungen verstoßen; sie reagierten auf die israelische Umsetzung von Oslo mit einer Reihe von Selbstmordattentaten in israelischen Städten.</p>
<p>Camp David (2000): Im Jahr 2000 bot der damalige israelische Ministerpräsident Ehud Barak dem PA-Vorsitzenden Arafat in Camp David eine Reihe von weitreichenden israelischen Zugeständnissen an. Als Gegenleistung sollte Arafat das Ende des Konflikts erklären.</p>	<p>U.S. Präsident Bill Clinton nannte das Angebot von Ministerpräsident Barak "mutig".</p>	<p>Die Palästinenser fegten das israelische Angebot vom Tisch, ohne auch nur einen Gegenvorschlag einzubringen. Als Antwort des israelischen Friedensangebots startete die PA (Sept. 2000) eine im Voraus geplante Welle der Gewalt, die sogenannte Zweite Intifada, mit beispiellosen Terroranschlägen, bei denen 1 184 Israelis getötet wurden.</p>
<p>Abkoppelung vom Gaza-Streifen (2005): Unter der Führung von Ministerpräsident Ariel Sharon legte die israelische Regierung einen Plan vor, die israelischen Truppen aus dem Gaza-Streifen zurückzuziehen und die Siedlungen dort und im nördlichen Samaria zu räumen. Der Plan wurde im August 2005 umgesetzt. Israel betrachtete den Rückzug als Initiative in Richtung Frieden.</p>	<p>US-Präsident George W. Bush lobte das israelische Volk für seinen "mutigen und schmerzhaften Schritt" und erklärte: "Nachdem sich Israel jetzt zurückgezogen hat, ist der Weg frei. Die Palästinenser müssen der Welt zeigen, dass sie den Terror bekämpfen werden und friedlich regieren wollen." (Rundfunkansprache, 27. August 2005).</p> <p>Der britische Ministerpräsident Tony Blair nannte den Rückzug einen "historischen Schritt" und erklärte: "Ich</p>	<p>Trotz des israelischen Rückzugs feuerten die Palästinenser auch weiterhin Raketen vom Gaza-Streifen aus auf israelische Städte. Anstatt den Rückzug als Gelegenheit zu verstehen, einen Frieden zu erzielen, wählten die Palästinenser die vom Iran unterstützte Terrororganisation Hamas in die Regierung. Im Juni 2007 ergriff die Hamas mit einem gewalttätigen Umsturz die Macht im Gaza-Streifen. Unter ihrer Herrschaft nahm der ständige Raketenbeschuss der Gemeinden im Süden Israels dramatisch zu. 10 000 Raketen und Mörsergranaten sind von</p>

	<p>möchte die volle Unterstützung der britischen Regierung unterstreichen. Ich hege grosse Bewunderung für den Mut, mit dem Sie diese Politik entwickelt und durchgeführt haben, Ich teile Ihre Überzeugung, den Rückzug als historische Gelegenheit für die Sicherung einer besseren Zukunft für Israelis und Palästinenser zu betrachten." (Brief Blairs an Ministerpräsident Sharon, 16. Aug. 2005).</p> <p>Ähnliches Lob äußerten die UNO, die Türkei, Marokko, Italien, Südafrika und Norwegen.</p>	<p>der Hamas und von anderen Terrororganisationen auf die israelische Zivilbevölkerung abgefeuert worden.</p>
<p>2008: Der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert unterbreitet PA-Präsident Abbas umfassende und beispiellose Friedensangebote.</p>		<p>Abbas weist die Angebote zurück und erklärt Jackson Diehl von der <i>Washington Post</i>, er habe Olmerts Vorschläge zurückgewiesen, "da die Kluft zu gross ist". Abbas erklärte weiter: "Ich warte auf einen israelischen Siedlungsstopp ... bis das geschieht, leben wir im Westjordanland in einer guten Realität die Menschen führen ein normales Leben", (<i>Washington Post</i>, Mai 2009).</p>

Israel hat durch Verhandlungen Friedensverträge geschlossen, die ehemals erklärte Feinde, wie Jordanien und Ägypten, in Friedenspartner verwandelt haben. Diese Verträge wurden durch die mutige Führerschaft von Anwar Sadat und König Hussein ermöglicht. Sie hatten ihre Völker auf den Frieden vorbereitet; sie schlossen die notwendigen Kompromisse, um am Verhandlungstisch einen Frieden zu erzielen. Die Palästinenser dagegen erwarten, nur nach ihren eigenen Bedingungen, sogar ohne jemals am Verhandlungstisch gesessen zu haben, irgendwie einen Frieden herbeizuführen.

Israels gegenwärtige Regierung hat mit Worten und Taten bewiesen, dass sie sich dazu verpflichtet fühlt, den Frieden voranzubringen. Genauso wie alle früheren israelischen Regierungen ist auch sie bereit, die für das Erreichen dieses Friedens notwendigen Kompromisse einzugehen. Die Palästinenser weigern sich jedoch, einen Kompromiss einzugehen – sie weigern sich, überhaupt Verhandlungen zu beginnen. Es wäre äußerst tragisch, wenn die palästinensische Führung erneut eine "Alles oder Nichts"-Haltung an den Tag legen und die Möglichkeit eines historischen Friedensabkommens ausschlagen sollte.

(Außenministerium des Staates Israel, 17.12.09)